

## Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 10.06.2021,  
im Kreishaus Borken, Großer Sitzungssaal (Raum 2180)

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 20:25 Uhr

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Johannes Maus Velen

#### Mitglieder:

Markus Berger	Heiden	
Annette Demes	Ahaus	Vertretung für Frau Hueske
Katharina Detert	Gronau	
Wilhelm Ebbing	Velen	
Heinz-Josef Elpers	Ahaus	
Johannes Wilhelm Epping	Isselburg	
Frank Hadder	Borken	
Otger Harks	Stadtlohn	
Michael Hösing	Bocholt	anwesend bis 19:40 Uhr (TOP 8)
Markus Kretschmer	Gescher	
Daniel Leuders	Vreden	
Herbert Moritz	Heek	
Hendrik Mulder	Vreden	
Markus Schulte	Gronau	
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Jens Steiner	Heek	Vertretung für Herrn Rülfig, anwesend bis 19:40 Uhr (TOP 8)
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Gerti Tanjsek	Bocholt	
Alfons Wissing	Schöppingen	

#### beratendes Mitglied:

Marc Kublun Gescher

#### Gast:

Peter Kleyboldt Geschäftsführer der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Hubert Grothues  
Kordula Blickmann  
Cordula Thume

Friedel Wielers  
Edith Gülker  
Josef Nießing  
Frank Fischer  
Peter Nattefort

**Es fehlen entschuldigt:**

Bettina Hueske	Südlohn
Heinrich Rülfig	Rhede

**Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzender Johannes Maus eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Vor Beginn der Beratung verpflichtet Herr Maus förmlich den erstmals im Umweltausschuss anwesenden sachkundigen Bürger Herrn Hendrik Mulder auf die gewissenhafte Wahrnehmung seiner Aufgaben.

**A. Öffentlicher Teil**

**Punkt 1: Landschaftsplanung im Kreis Borken  
Vorstellung des Entwurfs zur Änderung und Erweiterung des rechts-  
kräftigen Landschaftsplans "Alstätter Venn/ Ammeloer Sandebene"  
Frühzeitige Bürgerbeteiligung/ Beteiligung der Träger öffentlicher Belange  
Vorlage: 0164/2021/KREIS**

---

Herr Wielers erläutert die Sitzungsvorlage und berichtet anhand einer Präsentation (Anlage 1 zur Niederschrift).

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Für die künftigen Planaufstellungs- und –änderungsverfahren schlägt Herr Maus vor, grundsätzlich auf die Bereitstellung gedruckter Landschaftspläne für die Ausschussmitglieder zu verzichten und stattdessen das digitale Angebot in Anspruch zu nehmen. Dies solle jeweils für die Verfahrensschritte Frühzeitige Bürgerbeteiligung/ Beteiligung Träger öffentlicher Belange, Offenlegung und Rechtskraft gelten. Der Vorschlag von Herrn Maus findet allgemeine Zustimmung, auf Anfrage sollten aber auch schriftliche Exemplare ausgegeben werden. Für diese Verfahrensweise ergibt sich ein **einstimmiges Votum** im Ausschuss.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

**Punkt 2: Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Kreises Borken für den  
Zeitraum 2022 bis 2026  
Vorlage: 0146/2021/KREIS**

---

Herr Kleyboldt informiert mithilfe eines Folienvortrages (Anlage 2 zur Niederschrift). Bei seinen Ausführungen erwähnt er unter anderem, die EGW arbeite derzeit gemeinsam mit anderen kommunalen Trägern im Westmünsterland an einer Konzeption zur Gewährung der Entsorgungssicherheit für mineralische Abfälle (DK 0 und DK I).

Herr Schulte dankt Herrn Kleyboldt für die dezidierte Darstellung. Der Bericht zeige, dass die EGW über die gesetzliche Verpflichtung hinaus sehr engagiert und erfolgreich handle. Insbesondere die umfangreich betriebenen Bemühungen zur Information und Weiterbildung der Bevölkerung zeigten ihre Wirkung.

Herr Harks schließt sich diesem Urteil an. Die EGW leiste in ökonomischer, ökologischer und juristischer Sicht hervorragende Arbeit. Herr Harks weist auf einen redaktionellen Fehler im Entwurf des Abfallwirtschaftskonzeptes hin: Auf Seite 33 seien die Leerungsintervalle zu den Leichtverpackungen nicht korrekt angegeben. Herr Kleyboldt dankt für den aufmerksamen Hinweis.

Auch Herr Steiner lobt die Leistungen der EGW. Sie habe sich von einem Abfallentsorger zu einem Umweltbetrieb entwickelt. Das Unternehmen sei ein Beispiel für die Erzeugung klimaneutralen Stroms im ländlichen Raum. Auch in der Umweltbildung werde gute Arbeit geleistet.

Herr Kleyboldt beantwortet Fragen von Herrn Ebbing und Herrn Berger zur Berechnung der CO<sub>2</sub>-Einsparung durch Kompostverwendung und erläutert, dass bei der Nutzung von Kompost in der Landwirtschaft und im Gartenbau rund die Hälfte des Kohlenstoffes dauerhaft in der Bodenmatrix als Humus festgelegt und somit der Atmosphäre klimawirksam entzogen würde. Neben der Landwirtschaft sei auch die Erdenwirtschaft als Abnehmer von Kompost zu nennen. Hier substituiere die Kompostverwendung Torf, was die Freisetzung torfgebundenen Kohlenstoffes vermeide.

Herr Kublun hebt die Qualität der von Herrn Kleyboldt vorgelegten Unterlagen hervor. Er erkundigt sich nach den abfallwirtschaftlichen Herausforderungen, die im Zuge der Energiewende auftreten könnten. Herr Kleyboldt bestätigt, dass die Entsorgung der durch Repowering anfallenden Glasfasermaterialien zurückgebauter Alt-Windenergieanlagen in der Tat problematisch sei. Die EGW stimme sich hierzu mit qualifizierten Abfallunternehmen ab, um Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Eine weitere Frage Herrn Kubluns betrifft den sukzessiven Wegfall von Hochofenanlagen in der Region. Er möchte wissen, ob die thermische Verwertung anfallender Abfallmengen trotzdem ausreichend sichergestellt werden könne. Herr Kleyboldt bestätigt, die EGW handle auch in diesem Bereich getreu des Grundgedankens der Nachhaltigkeit. Man arbeite ausschließlich mit Betreibern qualifizierter Anlagen zusammen und könne die Versorgungssicherheit für den Kreis Borken gewährleisten.

Abschließend dankt Herr Kleyboldt der Kreispolitik ausdrücklich für die gute und vertrauliche Zusammenarbeit. Er lädt ein, den Standort Gescher bei einer der kommenden Sitzungen des Umweltausschusses zu besichtigen. Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Herr Maus über die Sitzungsvorlage abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

1. Dem der Sitzungsvorlage (0146/2021/KREIS) beigefügten Entwurf der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Kreis Borken für die Jahre 2022 – 2026 wird zugestimmt.
2. Dem vorgeschlagenen Verfahren zur Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Beteiligungsverfahren für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden einzuleiten.

**Punkt 3: Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes für den Kreis Borken**  
**Vorlage: 0230/2021/KREIS**

---

Frau Gülker erläutert, mit der Sitzungsvorlage werde die Zielsetzung für den Prozess der Fortschreibung im Sinne einer Auftragsklärung hinterfragt. Ziel der Fortschreibung müsse aus Sicht der Verwaltung insbesondere die Erarbeitung konkreter Maßnahmen auf Basis eines wirkungsorientierten Ansatzes sein.

Herr Schulte warnt schon jetzt vor einer Aneinanderreihung mehrerer Ziele. Er unterstütze die Entwicklung von Maßnahmen, die für speziell für den Kreis Borken Erfolg versprechen.

Herr Harks dankt Frau Gülker für die heutigen Ausführungen und auch für die dezidierte Information der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Klimaschutz zu den einzelnen Segmenten.

Herr Steiner erinnert an das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, welches dem Klimaschutz Verfassungsrang attestiere. Für den Kreis Borken habe der Kreistag das Anstreben der Energieautarkie beschlossen. Daraus folgend, so Herr Steiner weiter, erwarte er eine ambitionierte Zielsetzung, mit konkret beschriebenen Wegen zur Zielerreichung.

Herr Grothues betont, der Kreis Borken habe mit der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Klimaschutz ein Instrumentarium etabliert, dass durch breite Diskussion und strukturierte Prozesse wirkungsorientierte Maßnahmen entwickeln könne.

**Beschluss:** einstimmig

Den dargestellten Zielsetzungen für die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes und der beschriebenen Vorgehensweise wird zugestimmt.

**Punkt 4: Gründung einer Allianz für Klimaschutz**  
**Vorlage: 0231/2021/KREIS**

---

Frau Gülker erläutert die Sitzungsvorlage. In einem Onlinemodul unter der Internet-Adresse <https://forum.klimakreis-borken.de/forum/> würden Projekte präsentiert und interessierte BürgerInnen über die Klimaschutzarbeit des Kreises informiert. Das Format werde noch vor den Sommerferien freigeschaltet. Es solle zu einem digitalen Austausch kommen, neue Netzwerke gegründet und Projektideen entwickelt werden. Die Verwaltung werde die Moderation im Forum übernehmen und die Einhaltung der Kommunikationsregeln (Netiquette) sicherstellen.

Herr Schulte begrüßt das digitale Format. Die Beachtung der Netiquette sei erforderlich, um eine sachliche Diskussion zu gewährleisten. Herr Schulte unterstreicht an dieser Stelle die erfolgreiche Klimaschutzarbeit des Kreises Borken.

Herr Harks schließt sich den anerkennenden Worten an. Die SPD-Kreistagsfraktion unterstütze die Gründung der Allianz für Klimaschutz.

Auch Herr Steiner lobt die Klimaschutzarbeit des Kreises Borken. Er hoffe, dass das vorgestellte digitale Format angenommen wird und sich ein Multiplikatoreffekt einstelle. Die Einrichtung des Forums sei ein guter erster Schritt, um in einen Dialog zu kommen. Herr Leuders weist ergänzend auf das Erfordernis von Präsenzveranstaltungen hin, sobald die pandemische Lage dies zulasse.

Frau Gülker berichtet, dass das Konzept für ein Förderprogramm der Allianz für Klimaschutz gemäß Kreistagsbeschluss vom 04.03.2021 erstellt und mit der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Klimaschutz besprochen worden sei. Die Grundlagen würden noch verfeinert, sodass ein erster Förderaufruf in den Klimawochen im Herbst erfolgen könne.

Herr Grothues erinnert, die Verwaltung sei im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2020 beauftragt worden, einen Klimaschutzpreis auszuloben. Die Verwaltung schlage vor, den Klimaschutzpreis in das Konzept für das Förderprogramm der Allianz für Klimaschutz einzubinden. Er bittet den Ausschuss hierzu formal um Zustimmung. **Es erhebt sich kein Widerspruch.**

Herr Grothues kündigt an, mit der Niederschrift der heutigen Sitzung werde eine erläuternde Präsentation zur Allianz für Klimaschutz, zum Ideenwettbewerb und Klimaschutzpreis versandt (sh. Anlage 3).

**Beschluss:** einstimmig

Der Umsetzungsstand zur Gründung einer Allianz für Klimaschutz im Kreis Borken wird zur Kenntnis genommen. Dem weiteren Verfahren wird zugestimmt.

**Punkt 5: Resolution des Kreistages "Keine Novellierung des Landeswassergesetzes - Kommunen brauchen einen Zukunftsplan für eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung"; Antrag der SPD-Fraktion v. 23.03.2021 Vorlage: 0135/2021/KREIS**

---

Herr Harks dankt für die bereitgestellte Stellungnahme der Verwaltung, die die im SPD-Antrag angesprochenen Punkte darstelle. Da die Änderung des Landeswasserrechts inzwischen vom Landtag beschlossen worden sei, habe sich die Sache erledigt. **Herr Harks zieht den Antrag zurück.**

**Punkt 6: Dach- und Parkplatzflächen des Kreises für die Erzeugung und Versorgung mit Solarstrom nutzen; Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen v. 26.05.2021 Vorlage: 0221/2021/KREIS**

---

Herr Steiner erläutert den Antrag.

Herr Harks bittet zur Ausräumung von Missverständnissen, den Antrag ausdrücklich auf überdachte Parkplatzflächen zu beziehen. Herr Steiner pflichtet dem bei.

Herr Schulte hält den Antrag für sinnvoll, gibt jedoch zu bedenken, dass versicherungsrechtliche Fragen auftreten könnten.

Herr Grothues informiert, die Interfraktionelle Arbeitsgruppe Klimaschutz habe den Vorschlag der Fraktion B90/ DIE GRÜNEN thematisiert. Das Gremium schlage vor, die Maßnahme in das energiepolitische Arbeitsprogramm (EPAP) zum eea-Prozess aufzunehmen.

Herr Steiner ist mit dieser Verfahrensregelung einverstanden.

**Beschluss:** geändert beschlossen - einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Nutzung von Dachflächen bzw. überdachten Parkplatzflächen der kreiseigenen Gebäude und Liegenschaften zur solaren Eigenstromproduktion zu prüfen. Es wird der Empfehlung der interfraktionellen Arbeitsgruppe Klimaschutz gefolgt, die Maßnahme in das energiepolitische Arbeitsprogramm (EPAP) zum eea-Prozess aufzunehmen.

**Punkt 7: Projekt EVOLVING REGIONS;  
Antrag der SPD-Fraktion v. 26.05.2021  
Vorlage: 0225/2021/KREIS**

---

Frau Gülker bestätigt, das Projekt Evolving Regions sei der Verwaltung bekannt. Der Kreistag habe die Verwaltung beauftragt, im fortzuschreibenden Klimaschutzkonzept die Klimafolgenanpassung mit zu bearbeiten. Den Weg dorthin und die schon über die konzeptionelle Arbeit hinausgehende praktische Umsetzung von Projekten der Klimafolgenanpassung habe die Verwaltung im Rahmen der interfraktionellen Arbeitsgruppe Klimaschutz umfassend dargestellt. Hierzu gehöre auch die Auseinandersetzung mit den Inhalten und dem Vorgehen im Projekt Evolving Regions. Mit dem Kreis Coesfeld bestehe hierzu ein sehr enger Austausch bis hin zur Teilnahme an einzelnen Workshops. Im Rahmen der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes hin zu einem Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungskonzept prüfe die Verwaltung, ob und welche Elemente aus Evolving Regions sinnvoll eingesetzt werden können.

Herr Harks dankt für die Ausführungen. Durch den Austausch mit dem Kreis Coesfeld sei dem Ansinnen der SPD-Fraktion ausreichend Rechnung getragen. **Herr Harks zieht den Antrag zurück.**

**Punkt 8: Information und Sensibilisierung der Bevölkerung für die Belange der Natur  
Antrag 06-02 der Fraktion B90/DIE Grünen zum Haushalt 2021 vom 22.01.21  
Vorlage: 0159/2021/KREIS**

---

Herr Wielers informiert anhand der Sitzungsvorlage und eines Folienvortrages (Anlage 4 zur Niederschrift).

Herr Leuders teilt mit, die Fraktion B90/ DIE GRÜNEN erachte das Aufstellen von Hinweistafeln mit Piktogrammen zu den Verhaltensregeln als nicht ausreichend. Ein persönliches Ansprechen von NutzerInnen der Schutzgebiete sei erforderlich, auch abends und an Wochenenden.

Herr Schulte berichtet aus eigenen Erfahrungen. Bei der Ausübung der Jagd in einem Naturschutzgebiet in Gronau habe er einen Besucher auf ein Fehlverhalten angesprochen und sich in der anschließenden Auseinandersetzung bedroht gefühlt. Insofern könne sich eine persönliche Kontaktaufnahme teilweise schwierig darstellen.

Herr Stilkenbäumer bestätigt die von Herrn Schulte beschriebenen Probleme aus seinen Wahrnehmungen auf dem als Naturschutzgebiet festgesetzten ehemaligen Truppenübungs- gelände Haltern-Lavesum. Dort überwache der Bundesforst die Nutzungen, hätte aber bei den Kontrollen insbesondere gegenüber Reitern, Mountainbikern und Motocrossfahrern einen schweren Stand.

Herr Schulte ergänzt, er befürworte, eine positive Diskussion über die Zusammenarbeit mit den in der Sitzungsvorlage genannten Multiplikatoren anzustreben. Bestimmten Nutzergruppen, beispielsweise Mountainbike-Fahrern, seien auch Alternativen anzubieten. Hierzu sollte der Dialog mit den kreisangehörigen Kommunen gesucht werden.

Herr Moritz weist auf die unterschätzten Gefahren hin, die beispielsweise durch Treibsand in den Auen der renaturierten Dinkel oder durch Höhlen an Ufersteilhängen entstehen könnten.

Herr Harks dankt für die gute Berichterstattung der Verwaltung. Aus seiner Sicht gebe es keinen Königsweg, sondern eine große Bandbreite von Möglichkeiten zur Verbesserung des naturangepassten Verhaltens der Bevölkerung. Bezüglich der Bereitstellung von Alternativflächen für bestimmte Freizeitnutzungen schließt er sich der Meinung von Herrn Schulte an, die Städte und Gemeinden einzubinden.

Herr Steiner erklärt, die Unbelehrbaren würden vermutlich auch durch die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht erreicht werden. Adressat der genannten Schritte seien eher die Unwissenden. Die Information müsse an den gesunden Menschenverstand appellieren. Die Fraktion von B90/ DIE GRÜNEN schlage diesbezüglich vor, eine verstärkte Aktivität der Naturschutzbeauftragten anzustreben.

Frau Blickmann beantwortet eine Frage von Frau Seidensticker-Beining. Die Einbindung von Naturschutzvereinigungen in die Kontrolle und Ahndung von Fehlnutzungen in Schutzgebieten sei von der Verwaltung rechtlich geprüft worden. Anders als in den Niederlanden sei dies in Deutschland nicht möglich, da hoheitliche Aufgaben ausschließlich von den zuständigen Behörden durchgeführt werden dürfen. Der Schwerpunkt der Arbeit der deutschen Naturschutzvereinigungen läge eher im Bereich Fortbildung und Planung kooperativer Projekte.

Herr Grothues unterstreicht, eine öffentliche Diskussion sei zielführend. Pressemitteilungen der Kreisverwaltung könnten diese einleiten. Die in der Sitzungsvorlage dargestellte Vorgehensweise solle im Sommer 2022 evaluiert werden.

Auf Bitte von Herrn Leuders solle möglichst bereits früher ein Zwischenbericht erfolgen. Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, dass es ausreiche, wenn die Verwaltung bis zur Evaluation im Sommer 2022 regelmäßig im Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde zum Sachstand informiere.

**Beschluss:** geändert beschlossen - einstimmig

Der Ausschuss für Natur, Umwelt, Landwirtschaft und Klimaschutz nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Die Konzeption soll wie beschrieben verfolgt werden. Dabei ist der Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde regelmäßig zu informieren.

---

### **Punkt 9: Sachstand Ausgleichsflächenkataster des Kreises Borken**

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit bittet Herr Steiner darum, den Sachstandsbericht zum Ausgleichsflächenkataster von der Tagesordnung zu nehmen und bei der kommenden Ausschusssitzung zu behandeln. **Dieser Antrag findet allgemeine Zustimmung.**

Der Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

---

### **Punkt 10: Konsequenzen aus dem Klimaschutz-Urteil des Bundesverfassungsgerichts; Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen v. 26.05.2021 Vorlage: 0222/2021/KREIS**

Auf Antrag von Herrn Steiner wird beschlossen, dass die Anfrage der Fraktion B90/ DIE GRÜNEN in der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte vorgezogen werden soll.

Frau Gülker berichtet, mit dem am 29.04.2021 veröffentlichtem Beschluss habe der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts entschieden, dass die Regelungen des Klimaschutzgesetzes vom 12.12.2019 (Klimaschutzgesetz - KSG) über die nationalen Klimaschutzziele und die bis zum Jahr 2030 zulässigen Jahresemissionsmengen insofern mit Grundrechten unvereinbar sind, als hinreichende Maßgaben für die weitere Emissionsreduktion ab dem Jahr 2031 fehlen. Damit habe das Gericht das gesellschaftliche Augenmerk auf den Klimaschutz und eigenes Handeln gelenkt. Die Beschlussfassung im Kreis Borken zum Klimaschutzkonzept 2014 mit den darin verabschiedeten Zielen und den hierzu ergangenen

ergänzenden Beschlüssen in 2018 und 2019 zum Klimaschutz seien rechtlich nicht zu beanstanden. Inwiefern die gesellschaftliche Wirkung dauerhaft sei, werde sich im Rahmen der Fortschreibung zum Klimaschutzkonzept und in der Allianz für Klimaschutz zeigen.

---

**Punkt 11: Sachstand Standortauswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle**

---

Herr Nießing berichtet ausführlich mittels einer Präsentation (Anlage 5 zur Niederschrift). Er geht dabei ausdrücklich auf die kritische Einschätzung des Geologischen Dienstes zur Eignung der Teilgebiete im Kreis Borken ein (siehe Folien 16 und 19 des Vortrages). Dieser Aspekt stelle einen wesentlichen Punkt in der zu erarbeitenden Stellungnahme von Kreis und kreisangehörigen Städten und Gemeinden dar. Zudem solle in der Einwendung auf die Ergebnisse der im Zuge des Ölschadens in Gronau betriebenen seismischen Untersuchungen hingewiesen werden. Herr Nießing stellt den weiteren Verfahrensablauf bis zur Abgabe der Stellungnahme im August/ September 2021 dar (siehe Folie 21) und erläutert deren Inhalte (Folie 22).

Herr Schulte geht nach den Ausführungen von Herrn Nießing nicht davon aus, dass der Kreis Borken für ein Endlager in Betracht kommt. Gleichwohl gebe es innerhalb der CDU-Fraktion zwei Überlegungen. Einerseits solle eine politische Absichtserklärung abgegeben werden, die die ablehnende Haltung des Kreises betonen und in diesem Zusammenhang möglicherweise aufkeimende wirtschaftliche Interessen privater Unternehmen ersticken solle. Zum anderen solle die Verwaltung angeben, ob finanzielle Mittel für eine rechtliche Beratung in der Angelegenheit benötigt würden.

Herr Harks spricht sich ebenfalls für die Bereitstellung von Finanzmitteln aus. Anders als Herr Schulte erklärt er, einer möglichen gesamtpolitischen Verantwortung solle vor allem durch fachliche Argumentation in der Stellungnahme mit dem Schwerpunkt Geologie begegnet werden.

Herr Leuders schließt sich der letztgenannten Ansicht an. Wichtigster und schnellster Schritt sei, alle Fehlerquellen und Ausschlusskriterien darzustellen.

Mit Bezug auf das Angebot der Bereitstellung finanzieller Mittel nimmt Herr Grothues auf, für den Haushaltsentwurf 2022 einen Ansatz für eine mögliche rechtliche Unterstützung in der Sache vorzumerken.

Frau Blickmann bittet den Ausschuss abschließend um ein Votum zu den vorgeschlagenen Inhalten der im August/ September 2021 abzugebenden Stellungnahme.

**Beschluss:** einstimmig

Die Stellungnahme von Kreis und kreisangehörigen Kommunen soll wie in Folie 22 des Vortrages dargestellt abgegeben werden. In der September-Sitzung des Ausschusses für Natur, Umwelt, Landwirtschaft und Klimaschutz soll hierzu berichtet werden.

---

**Punkt 12: Mitteilungen des Vorsitzenden**

---

keine



---

## **Punkt 13: Mitteilungen der Verwaltung**

---

### **Punkt 13.1: Sachstand Leitungsbauprojekte im Kreis Borken**

---

Frau Thume informiert zum Beschluss der Bundesfachplanung zum Trassenkorridor im Abschnitt D der A-Nord-Stromleitung der Amprion GmbH (siehe Anlage 6 zur Niederschrift). Der Korridor betreffe im Kreis Borken Flächen im Bereich der Städte Bocholt, Rhede und Borken.

Auf Frage von Herrn Stilkenbäumer klärt Frau Thume, Korridore würden in einer Breite von rund einem Kilometer festgelegt. Wo genau im jeweiligen Korridor die ca. 30 Meter breite Leitungstrasse gebaut wird, werde in einem späteren Verfahrensschritt geregelt.

### **Punkt 13.2: Ersatzgeldverzeichnis Stand 31.12.2020**

---

Frau Blickmann erklärt, bei der jüngsten Sitzung des Beirats bei der Unteren Naturschutzbehörde sei das Ersatzgeldverzeichnis mit Stand 31.12.2020 vorgestellt worden. Diese Auflistung werde mit der Niederschrift versandt (siehe Anlage 7).

### **Punkt 13.3: Flächenkooperation zum Wasser- und Gewässerschutz im Kreis Borken**

---

Frau Blickmann teilt mit, seit Sommer 2020 fänden Gespräche mit dem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW statt, an denen die Kreisstelle Borken der Landwirtschaftskammer, der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband und der Kreis Borken teilnehmen. In diesem Zusammenhang sei der im Februar 2020 für den Kreistag erstellte Nitratbericht zum Grundwasser im Kreis Borken an das Ministerium übergeben worden.

Ziel sei, im Rahmen eines Pilotprojektes die erfolgreiche Arbeit der Trinkwasserkooperationen, die sich im Wesentlichen auf die Trinkwasserschutzgebiete beschränkt, in die Fläche auszudehnen, um auf einer breiten Basis Ziele eines flächendeckenden Gewässerschutzes zu verfolgen. Die Kooperationen würden sich auf landwirtschaftliche Flächen innerhalb des Kreises beziehen, die weder Wasserschutzgebiet sind, noch zu der bislang festgelegten priorisierten Kulisse zur WRRL-Beratung der Landwirtschaftskammer NRW gehören. Es sollten die bewährten Strukturen der langjährigen konstruktiven Kooperationsarbeit und das Vertrauen, das zwischen den Beteiligten vor Ort besteht, für eine weitere erfolgreiche Arbeit genutzt werden.

Nach ersten positiven Signalen stehe noch eine Rücksprache mit dem nordrhein-westfälischen Umweltministerium aus. Über das Ergebnis werde in der Ausschusssitzung im September berichtet. Auch könne dort das Pilotprojekt detailliert vorgestellt werden.

### **Punkt 13.4: INTERREG-Projekt LIVING Vechte-Dinkel**

---

Frau Blickmann informiert mittels einer Präsentation zum Sachstand des Projektes INTERREG - LIVING Vechte-Dinkel (Anlage 8 zur Niederschrift). Der Umbau der Dinkel im Bereich Losser sei nun gestartet, um dem Gewässer seinen natürlichen Charakter wiederzugeben.

Weiter führt Frau Blickmann aus, im Rahmen des Projektes sei jüngst ein Buch zur Dinkel veröffentlicht worden. Das Werk beleuchte unter anderem wasserwirtschaftliche, naturschutzfachliche und touristische Aspekte.

Frau Blickmann weist auch auf das deutsch-niederländische Vechte-Dinkel-Symposium hin, das am 23.09.2021 als digitale Veranstaltung stattfindet.

---

**Punkt 13.5: Sachstand Landschaftsplan "Zwillbrocker Sandebene-Berkelniederung"**

Frau Blickmann präsentiert die Zeitplanung zur Neuaufstellung des Landschaftsplanes „Zwillbrocker Sandebene – Berkelniederung“ (Anlage 9 zur Niederschrift).

---

**Punkt 13.6: Sachstand Entwürfe der Hochwasserrisiko-Managementpläne 2021-2027 und WRRL-Bewirtschaftungsplan 2022-2027**

Frau Blickmann informiert zum Sachstand der Entwürfe der Hochwasserrisiko-Managementpläne 2021-2027 und des WRRL-Bewirtschaftungsplan 2022-2027. Die von ihr vorgeführten Folien sind der Niederschrift als Anlage 10 beigefügt.

---

**Punkt 13.7: Bewerbung als Öko-Modellregion**

Mit Bezug auf die Sitzungsvorlage 0269/2020 aus der Februar-Sitzung des Umweltausschusses erklärt Frau Blickmann, die Münsterlandkreise hätten sich gemeinsam mit der Stadt Münster unter Federführung des Münsterland e.V. als Ökomodellregion beworben. Eine unabhängige Jury bewerte nach Einsendeschluss am 14.06.2021 die eingegangenen Konzepte auf Basis eines Kriterienkatalogs. Die drei erstplatzierten Regionen könnten anschließend ihre Anträge auf Förderung des Öko-Regionalmanagements einreichen.

---

**Punkt 14: Anfragen**

Über die unter Tagesordnungspunkt 10 behandelte Anfrage der Fraktion B90/ DIE GRÜNEN hinaus wird nichts angefragt.

**Ende des öffentlichen Teils**

## **B. Nichtöffentlicher Teil**

### **Punkt 15: Mitteilungen des Vorsitzenden**

---

keine

### **Punkt 16: Mitteilungen der Verwaltung**

---

keine

### **Punkt 17: Anfragen**

---

keine

Vorsitzender Johannes Maus schließt die Sitzung um 20:25 Uhr.



---

Johannes Maus  
Vorsitz

gez.

---

Peter Nattefort  
Schriftführung